

Sitzungswoche 22. bis 23. April 2020

Für die AfD läuft es schlecht in der Corona-Krise. **Erstmals seit der letzten Bundestagswahl ist die Partei in den Umfragen unter die 10-Prozent-Marke gerutscht.** Damit geht es der AfD nicht anders als den anderen Oppositionsparteien und der weitere Krisenverlauf könnte auch ihren Themen wieder Zulauf bescheren. Aber der auf Aktivismus und Aufmerksamkeitssteigerung um jeden Preis gerichtete Politikansatz gebietet der Partei gewisse Formen der Krawallpolitik. So changieren Partei und auch Bundestagsfraktion zwischen Verharmlosung (nur eine Grippe), Verschwörung (China und Bill Gates) und wilder Anklage (völliges Versagen der Regierung auf allen Ebenen).

Für die verkürzte Sitzungswoche hatte sich die AfD-Fraktion für einen **Dreiklang aus Öffnungsforderungen, Nationalismus und bekannten rassistischen Ressentiments** entschieden. In der Außenwahrnehmung geht die Fraktion jedoch vor allem im Gleichschritt mit der marktradikalen FDP, mit der zusammen sie sich als lautester Verfechter einer generellen Öffnungspolitik und sofortigen Beendigung des Lock-Down positioniert. In ihrem zentralen Antrag zur Corona-Krise (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/187/1918738.pdf>) fordert sie die Aufhebung mehr oder weniger aller Einschränkungen die Gewerbe, Handel und Produktion betreffen, sofern Hygieneregeln und Abstand eingehalten werden. Während also alles wieder öffnen soll, gilt das explizit nicht für die Außengrenzen der Bundesrepublik. Die Einreisesperren sollen nicht nur aufrechterhalten, sondern auf „Asylbewerber“ ausgedehnt werden, womit die Pandemie als Hebel zur Aussetzung eines Grundrechts genutzt wird.

In der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin verstieg sich Alexander Gauland zur für eine autoritäre Rechte bemerkenswerten Behauptung, es brauche den Staat in der gegenwärtigen Krise nicht, die Bürger (gemeint sind sicher auch Bürgerinnen) könnten das auch ohne den Staat händeln: *„Die vergangenen Wochen haben eines deutlich gezeigt: Die weit überwiegende Mehrheit in unserem Land geht mit der Ansteckungsgefahr sehr vernünftig und diszipliniert um. Die Menschen halten Abstand voneinander, sie versammeln sich nicht, warten geduldig vor Geschäften, viele tragen Mundschutz. Die Quarantänemaßnahmen laufen längst selbstorganisiert. Der Staat ist dabei weitgehend überflüssig. Es wird also Zeit, die Beschränkung der Grundrechte zu lockern und die Schutzmaßnahmen in die private Verantwortung der Bürger zu überführen. (...) Die Menschen sind vernünftig genug, ihr persönliches Risiko einzuschätzen und sich gegenseitig zu kontrollieren.“* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 156. Sitzung, S. 19300 f.) Während die AfD versucht, sich als Anwältin von Grund- und Freiheitsrechten darzustellen, wird zur Behauptung des Versagens der Regierung immer wieder auf den beispielhaften Umgang mit Corona in Ländern wie Südkorea und Taiwan verwiesen: *„Ich darf daran erinnern, dass Länder wie Südkorea, Taiwan und Singapur ohne Lockdown durch die Krise gekommen sind.“* (Ebd.) Ob allerdings die relativ rigide Form der digitalen Überwachung in diesen Ländern mit der von Gauland geforderten staatlichen Zurückhaltung zu verbinden ist, lässt sich bezweifeln. Schließlich gibt Gauland noch den Abgesang auf europäische Solidarität und den Nationalstaat als Lösungen aus der Krise vor: *„Meine Damen und Herren, von Otto von Bismarck stammt die Beobachtung, dass er ‚das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden habe, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten‘. – Wie wahr ist diese Beobachtung! Das Virus hat auch der EU eine Lektion erteilt. Es hat der Union im Wortsinne ihre Grenzen aufgezeigt. In der Krise ziehen sich die Menschen in die soliden und vertrauten Strukturen zurück. Das ist im Kleinen die Familie, im Großen der Nationalstaat.“* (Ebd., S. 19301)

Absage an europäische Solidarität, Nationalstaat und „Deutschland zuerst“ sind die zentralen Folgerungen der AfD aus der Krise. In der Debatte zu den Krisenfolgen für die EU macht Harald Weyel für die AfD deutlich, dass es mit ihr keinerlei Hilfe oder Solidarität für die am schwersten von der

Pandemie betroffenen EU-Länder geben wird: „Deutschland hat seit den 50er-Jahren weltweit geholfen. In den Krankenhäusern werden Franzosen, Niederländer, Italiener behandelt. Was die Grünen meinen, ist aber keine Hilfsbereitschaft, sondern eine Schuldknechtschaft, die uns dauerhaft für die Versäumnisse anderer Staaten in die Haftung nimmt. Wo soll da der Anreiz für die betroffenen Länder sein, in Zukunft besser zu wirtschaften und ihre Gesundheitswesen nicht kaputtzusparen?“ (Ebd., S. 19339) Angesichts der Tatsache, dass u.a. Staaten wie Italien oder Spanien aufgrund der maßgeblich von Deutschland betriebenen EU-Austeritätspolitik allein seit 2011 63-mal von der EU-Kommission zu Kürzungen im Gesundheitsbereich gedrängt wurden, lässt sich eine solche Aussage nur als Zynismus bezeichnen. Das von der AfD schon in der Griechenland-Krise befeuerte Bild der faulen Südeuropäer wird von Weyel wieder aufgewärmt, in dem er die „EU als Reptilienzoo“ beschreibt, „wo die schlauen Schildkröten längst einen Trick gelernt haben, nämlich sich selbst auf den Rücken zu bugsieren, um dann von den anderen mit allerlei Leckerbissen durchgefüttert zu werden.“ (Ebd.) Demgegenüber sei die AfD „die Einzige(n), die ein ehrliches Europa ohne Ausbeutung der deutschen Steuer- und Sozialkassen wolle(n), die nicht alles auf dem Altar von schlecht gemachtem Pseudointernationalismus von EU-topia opfern wolle(n).“ (Ebd.)

Der „deutsche Steuerzahler“ stellt sich für die AfD aber vor allem als Vermögensbesitzer und Besserverdienender dar, denn diese Teile der Gesellschaft will die Fraktion schützen. Parteichef Chrupalla sagt in der Debatte zu den Kosten der Krise schon mal klar, wen man auf keinen Fall belasten will: „Die Bürger haben ein Recht darauf; sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, dass sie dieser Shutdown jede Woche 42 Milliarden Euro kostet. Wir müssen ihnen auch sagen, dass dieses Geld nicht vom Himmel regnet. Denn nicht die Bundeskanzlerin, der Finanzminister oder der Arbeitsminister zahlen am Ende die Rechnung – nein –; diese Rechnung müssen die Bürger bezahlen. Sie müssen all die Milliarden Euro, die jetzt zu Recht an Hilfen ausgegeben werden, mit ihrer tagtäglichen Arbeit wieder erwirtschaften. Ich hoffe nicht, dass es auf Vermögensabgaben hinausläuft, wie die SPD schon vorgeschlagen hat. Die Ersparnisse der Mittelschicht werden Sie nicht mit den Stimmen der AfD einziehen. Das wollen wir hier schon mal prophylaktisch festhalten.“ (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 156. Sitzung, S. 19324) Nach Vorstellungen der LINKEN würde eine solche Abgabe bei Vermögen über eine Millionen Euro greifen, womit deutlich wird, **welchen abgehobenen Begriff von „Mittelschichten“ Chrupalla und die AfD vertreten.** Dazu passt, dass die **AfD zusammen mit der FDP für die Abschaffung des Soli für die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung** eintritt, die diese Steuer bis heute noch zahlen. Reichenentlastung in Zeiten der Krise: die AfD weiß, für wen sie Klassenpolitik betreibt.

Diese Form der Klassenpolitik bedeutet bei der AfD immer, nach unten zu treten. Martin Sichert nimmt einen harmlosen Antrag der Koalition zur Ausbildungsförderung, der u.a. auch Fördermöglichkeiten für ausländische Auszubildende vorsieht, zum Anlass maßloser Tiraden: „Sie legen mitten in der Wirtschaftskrise ein Gesetz vor, mit dem Unmengen an Geld für Leute ausgegeben wird, die nicht in der Lage oder nicht willens sind, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ihr Gesetz ist ein gigantisches Beschäftigungsprogramm für Sozialpädagogen. (...) Sie schreiben: Junge Menschen sind förderungsberechtigt, die ihren Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb von Deutschland haben. Diese Förderung umfasst sozialpädagogische Betreuung, Maßnahmen zur Stabilisierung des Berufsausbildungsverhältnisses, Angebote zum Abbau von Bildungs- und Sprachdefiziten. – Auf gut Deutsch: Für Ausländer, die eine miserable Bildung und kaum Deutschkenntnisse haben, im Leben nicht zurechtkommen und mit der Arbeitsmentalität in Deutschland ein Problem haben, wollen Sie eine Menge Steuergeld ausgeben. Sie gehen sogar noch weiter: Jeder, der selbstverschuldet keine Berufsausbildung aufnimmt oder in der Arbeitswelt keinen Fuß auf den Boden bekommt, soll künftig eine staatlich finanzierte Individualseelsorge durch einen

Sozialpädagogen erhalten. Der fleißige Arbeiter, Angestellte oder Selbstständige soll dafür bezahlen, dass andere selbstverschuldet den Hintern nicht hochbekommen.“ (Ebd., S. 19371 f.)

Hansjörg Müller zeigt in seiner Rede zum Thema Außenwirtschaft und Krise noch einmal deutlich, wohin die Reise mit der AfD gehen soll. Zunächst wird ein bisschen an der Verschwörungsschraube gedreht – „Die Weltwirtschaft wird von Staaten und privaten Organisationen bedroht, die beide nach absoluter Marktmacht streben. Ein Beispiel für so einen Staat ist die Volksrepublik China, die Technologiefirmen weltweit aufkauft, und ein Beispiel für eine solche private Organisation ist die Bill & Melinda Gates Stiftung, welche die Weltgesundheitsorganisation unterwandert hat, um die Menschheit mit monopolisierten Zwangsimpfungen zu beglücken“ (Ebd., S. 19330) – um danach internationale Strukturen generell anzugreifen: „Und deswegen wäre es konsequent, diese EU endlich auf den Müllhaufen der Wirtschaftsgeschichte zu werfen, um dann über eine erneuerte EWG, über eine erneuerte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, wirtschaftssouverän zu handeln. Und Sie sind auf dem Weg zu Wirtschaftssouveränität diesen Schritt noch nicht gegangen. Ich möchte noch eine Frage stellen: Warum richten sich denn die Investitionsprüfungen nur gegen EU-fremde Investoren? Meiner Meinung nach ist es aus wirtschaftlicher Sicht völlig egal, ob es ein Investor aus Frankreich oder Italien ist, der sich eine deutsche Technologiefirma unter den Nagel reißen will, weil das für die Schwächung unserer Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt genauso schädlich ist, wie wenn das Investoren aus China, den USA oder aus Timbuktu machen. (...) Die bisherige Globalisierung ist gescheitert. Es wächst ein neues weltweites Wirtschaftssystem heran, das aus nationalen souveränen Wirtschaftsräumen besteht. Und weil Sie jetzt wissen, von was ich rede, sage ich es auch noch dazu: Germany first, Deutschland zuerst. Unter dieser Prämisse überarbeiten Sie bitte Ihren Gesetzentwurf.“ (Ebd., S. 19331)

Dass der AfD **neben der nationalistischen Nutzung der Pandemiekrise auch noch Zeit für die ganz alltägliche rassistische Hetze** bleibt, macht abschließend Petr Bystron deutlich. Die neue EU-Mittelmeer-Mission IRINI wird von Bystron abgelehnt, obwohl sie, ganz im Sinne der AfD, explizit keine Geflüchteten retten soll. Jedoch stehe das, wie bei der Vorgänger-Mission Sophia, zu befürchten: „Dabei ist schon Sophia von der damaligen italienischen Regierung mithilfe unseres Freundes Matteo Salvini versenkt worden, da nachgewiesen wurde, dass mit den Schiffen nur Migranten aus Afrika nach Europa geschmuggelt wurden. (...) Wir von der AfD haben das illegale Shutteln von Migranten aus Afrika nach Europa von Anfang an bekämpft. Wir von der AfD haben Strafanzeigen gegen alle deutschen NGOs gestellt, die diesen Menschenschmuggel betreiben. Und wir haben zusammen mit unseren italienischen Freunden dafür gekämpft, dass die Boote von Menschenschmugglern beschlagnahmt wurden und dass Leute wie Carola Rackete und Claus-Peter Reisch ins Gefängnis gewandert sind. (...) Wir lehnen die Mission logischerweise ab. Wir werden gegen diese Politik auch weiter ankämpfen. Wir werden auch weiter Ihre Lügen aufdecken. Wir werden auch weiterhin mit unseren Freunden aus Österreich, Ungarn, Italien und Polen Widerstand gegen Ihre Open-Border-Policy aufrechterhalten. Spätestens dann, wenn unser Freund Matteo Salvini in Italien wieder an der Regierung ist, werden wir die Mission wieder versenken.“ (Ebd., S. 19396 f.)

Alle Debatten können hier nachgelesen werden:

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19155.pdf>

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19156.pdf>